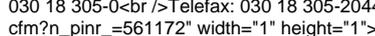




Klimawandel ist zentrale gesellschaftliche Herausforderung

Klimawandel ist zentrale gesellschaftliche Herausforderung
Weltklimarat legt Bericht zu Folgen des Klimawandels vor
Der neueste Bericht des Weltklimarats IPCC zeigt die tiefgreifenden Folgen des fortschreitenden Klimawandels für die Menschen und die Natur auf.
Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und Bundesforschungsministerin Johanna Wanka sehen darin einen weiteren Beleg für die Dringlichkeit der Bekämpfung des Klimawandels als zentrale gesellschaftliche Herausforderung. Sie setzen sich für ambitionierten und raschen Klimaschutz ein, um den weltweiten Temperaturanstieg zu bremsen.
"Klimawandel findet täglich statt: Die Menschheit muss sich an die neuen Bedingungen anpassen. Die Wissenschaftler sagen uns, dass dies zunehmend schwieriger wird, je länger wir zögern. Deshalb müssen wir beides tun: Zum einen den Klimawandel bekämpfen und dafür sorgen, dass die Erderwärmung die 2-Grad-Marke nicht übersteigt. Zum anderen müssen wir uns auf die Folgen des unvermeidbaren Klimawandels einstellen. Anpassung ist weder leichter noch billiger als Vermeidung", sagte Bundesumweltministerin Hendricks.
"Es wird deutlich, dass weiterhin Bedarf an der Erforschung des Klimawandels besteht. Wenn wir Wissenslücken schließen und verstehen, wie der Klimawandel funktioniert, können wir wirksamere Anpassungsstrategien entwickeln und uns besser vor den Folgen schützen", sagte Bundesforschungsministerin Wanka.
Der Weltklimarat IPCC hat heute in Yokohama/Japan seinen Bericht zu den Risiken und Folgen des Klimawandels sowie zu Möglichkeiten zur Anpassung an den Klimawandel vorgestellt. An ihm wirkten hunderte von Wissenschaftlern mit, auch 41 Forscher aus Deutschland waren daran beteiligt. Der Bericht stellt die gegenwärtigen Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschen und die Ökosysteme weltweit dar und bietet darüber hinaus einen wissenschaftlich fundierten Ausblick auf die möglichen künftigen Folgen eines ungebremsten Temperaturanstiegs.
Der IPCC zeigt auf, dass ein Temperaturanstieg um 4C gegenüber vorindustriellem Niveau, auf den die Menschheit mit den gegenwärtigen Maßnahmen zusteuert, mit sehr hohen Risiken verbunden wäre. Der Bericht sagt erhebliche Auswirkungen auf Mensch und Natur in vielen Regionen der Welt voraus. Auch Europa wird beispielsweise durch Hitzewellen künftig stärker beeinträchtigt sein.
"Wir nehmen diese Risiken sehr ernst und haben in Deutschland bereits eine Anpassungsstrategie und einen Aktionsplan entwickelt. Denn wir müssen uns die auf die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels vorbereiten. Es gilt, die Auswirkungen des Klimawandels auf unsere Lebensbereiche wie Stadt, menschliche Gesundheit, Verkehr oder Landwirtschaft abzuschätzen. Die resultierenden Herausforderungen sind vielfältig und reichen etwa von Frühwarnsystemen für Extremwetterereignisse bis zu städteplanerischen Anpassungskonzepten und konkreten Änderungen im Baurecht", sagte Hendricks.
Auch international stellt sich die Bundesregierung der Verantwortung: Das Bundesumweltministerium finanziert mit der Internationalen Klimaschutzinitiative IKI seit dem Jahr 2008 Klimaschutz- und Biodiversitätsprojekte in Schwellen- und Entwicklungsländern in Höhe von insgesamt 1,4 Milliarden Euro. Das Volumen der anpassungsrelevanten Vorhaben daran beträgt über 250 Millionen Euro.
Bundesforschungsministerin Johanna Wanka hebt die Bedeutung einer engen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Politik und Wissenschaft auch vor Ort in den Regionen hervor. "Wir haben in den letzten Jahren die Entwicklung von Klimamodellen weit voran gebracht. Jetzt geht es verstärkt um die Nutzung und Umsetzung der Erkenntnisse auf regionaler Ebene, beispielsweise zur Absicherung von lokalen Investitionsentscheidungen oder gezielten regionalen Anpassungsstrategien.
Maßnahmen zu Klimaschutz und Anpassung sind dann sehr wirkungsvoll, wenn sie regional geplant und mit wissenschaftlicher Beteiligung umgesetzt werden." Das Bundesforschungsministerium hat für Projekte und Forschungseinrichtungen im Bereich Klimaschutz und Energie rund 750 Millionen Euro allein im Jahr 2013 aufgewendet. Dabei arbeitet das Bundesforschungsministerium mit rund 40 Ländern international zusammen.
Beispielsweise baut Deutschland derzeit gemeinsam mit afrikanischen Partnerländern zwei regionale Kompetenzzentren für Klimawandel und angepasstes Landmanagement im südlichen und in Westafrika auf und investiert dafür bis zu 100 Millionen Euro. In der neuen Afrika-Strategie für Bildung und Forschung wird das Thema Klimawandel eine herausragende Bedeutung einnehmen. In Deutschland ermöglicht das Förderprogramm KLIMZUG die Erprobung von Anpassungsstrategien an den Klimawandel und damit einhergehende Wetterextreme in unterschiedlichen Regionen.
"Forschung und Bildung können weltweit dazu beitragen, unser Klimabewusstsein zu verändern. Wenn Menschen vor Ort, in ihrer Heimat, Erfolge bei der Anpassung an Klimaveränderungen erzielen, ist das auch ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz insgesamt", sagte Wanka.
Der heute vorgelegte Bericht ist der zweite von drei Teilbänden des 5. IPCC-Sachstandsberichts. Er beschäftigt sich mit den Folgen des Klimawandels und Möglichkeiten der Anpassung. Der erste Teilbericht widmete sich den Beobachtungen, Ursachen und Projektionen des Klimawandels. Der dritte Band stellt Handlungsoptionen zur Vermeidung weiterer Treibhausgasemissionen dar und wird am 12. April 2014 in Berlin verabschiedet.
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin
Telefon: 030 18 305-0
Telefax: 030 18 305-2044
Mail: service@bmu.bund.de


Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

service@bmu.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

service@bmu.bund.de

Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.